Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 9

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

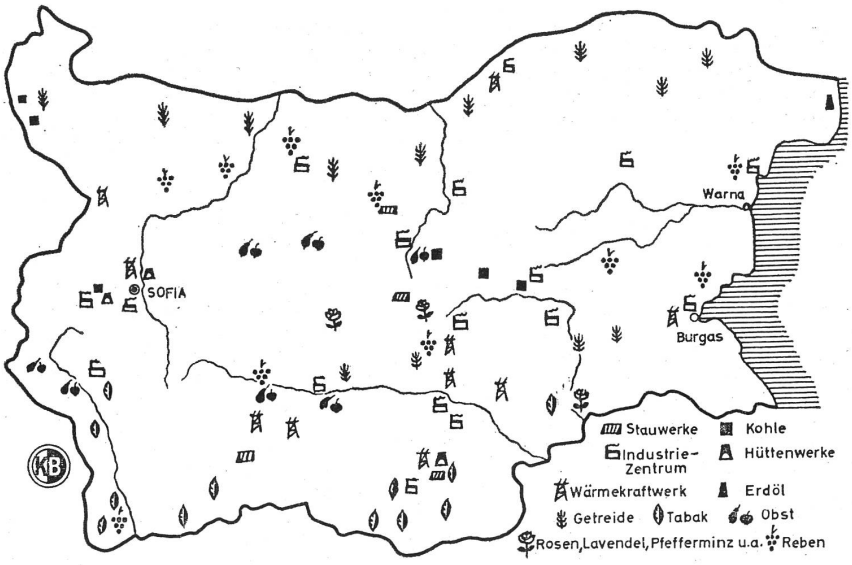
Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wirtschaft

Bulgarien

Chemische Industrie und Maschinenbau



Bulgarien gehört selbst im Ostblock zu den noch wenig industrialisierten Ländern. Der wirtschaftliche Umbruch mit der planmässigen Industrialisierung findet in grossem Ausmass erst diese Jahre statt. Die Durchführung des diesbezüglichen Programms, unbeschadet um die Bedürfnisse der Bevölkerung, lässt sich nahezu mit dem chinesischen «Sprung nach vorn» vergleichen. Priorität haben vor allem zwei neue Produktionszweige erhalten: der Maschinenbau und die chemische Industrie. In den nächsten Jahren soll hier eine auch umfangmässig grosse Produktion einsetzen. Kritisch bestellt ist es dagegen mit der Versorgung an Lebensmitteln und Gebrauchsgütern.

Alle Zweige der bulgarischen Volkswirtschaft sind restlos kollektiviert, das heisst, sie befinden sich in genossenschaftlichem oder staatlichem Eigentum. Die Planwirtschaft umfasste bisher folgende Perioden: Zweijahresplan 1947/48, die Fünfjahrespläne 1949/1953 und 1954/1958, einschliesslich den gegenwärtigen Siebenjahresplan 1959/1965. Daneben gibt es die von der staatlichen Planungskommission jährlich ausgearbeiteten «Volkswirtschaftspläne».

Bodenschätze: Von grösster Bedeutung sind die Blei- und Zinkvorkommen im Rhodopegebirge. Das grösste Werk ist das Blei- und Zinkkombinat von Kardschali. Kupfererz liefern die Gruben von Plakalnitza. Im Etropolegebirge zwischen Sofia und Lowetsch sowie in den Stara-Planina-Bergen wurden neue Vorkommen entdeckt.

Hüttenindustrie: Die Jahresproduktion beträgt etwa 260 000 Tonnen Stahl und 200 000 Tonnen Walzeisen. Stahlblech wird dieses Jahr voraussichtlich erstmals in grösserem Umfang (60 000 Tonnen) exportiert werden können.

Die Kohlenproduktion von gut 17 Millionen Tonnen umfasst über 50 Prozent Braunkohle, die vor allem in Westbulgarien (Dimitrovobecken) gefördert wird.

Maschinenbau: Er wird besonders stark vorangetrieben, um die grossen Rohstoff- und Investitionslieferungen der Sowjetunion vermehrt mit Maschinen bezahlen zu können. Alljährlich wird die Neuproduktion von etwa 200 Maschinentypen und Industrieausrüstungen eingeführt. Als bedeutender Industriezweig ist der Schiffsbau zu bezeichnen. Werfte befinden sich in Warna und Burgas. Die Produktion umfasst verschiedene Hochseeschiffe von mittleren Tonnagen. Dieses Jahr soll erstmals mit dem Bau von fünf grösseren Einheiten begonnen werden.

Chemische Industrie: Hier ist der Aufschwung vielleicht am deutlichsten. Die chemische Industrie hat sich praktisch aus dem Nichts zu beachtlicher Stärke entwickelt. Produktionsmengen 1960: Stickstoffdünger 248 000 Tonnen, Phosphatdünger 207 000 Tonnen, Kalzinierte Soda 135 000 Tonnen, Schwefelsäure 123 000 Tonnen, Aetznatron 17 000 Tonnen, Kaustische Soda 18 000 Tonnen.

Die Erzeugung von Kunststoffen soll weitgehend ausgebaut werden. Fabriken befinden sich bereits in Sofia, Grabovo, Svetrovracene, Reka Devnja und Russe (zwei). Etliche Werke sind in Bau. Die in Burgas entstehende Raffinerie wird laut Plan ab 1964 jährlich 10 000 Tonnen Polyäthilen erzeugen.

Die Qualität der Industrieprodukte ist allerdings laut bulgarischen Quellen nicht zufriedenstellend. Abnehmer der bulgarischen Konsumgüter sind fast ausschliesslich die Ostblockstaaten und in zunehmendem Masse auch Aufbauländer. Oft werden grössere Posten von den Aussenhandelspartnern wegen mangelhafter Qualität retourniert.

Landwirtschaft: Die ganze Landwirtschaft ist restlos kollektiviert. Darüberhinaus wurde vor einigen Jahren, anscheinend nach chinesischem Muster, mit der Zusammenlegung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs = Kolchosen) in Grossbetriebe begonnen. Nach dem wirtschaftlichen Niedergang der Volkskommunen in China wurde diese Entwicklung allerdings abgestoppt. Seit der durchgeführten Kollektivierung muss das ehemalige Agrarexportland landwirtschaftliche Erzeugnisse importieren. 1960 führte Bulgarien 134 500 Tonnen Getreide aus der UdSSR ein. Laut einheimischen Pressemeldungen sind die meisten landwirtschaftlichen Betriebe defizitär und können die lückenlose Versorgung der Bevölkerung nicht sicherstellen. Bei vielen Produkten bleibt das Plansoll unerfüllt.

Sehr schlecht bestellt ist es mit den Arbeitskräften auf dem Lande, wo die Bauern an der profitlosen Arbeit für den Staat kein Interesse zeigen. Deshalb begannen letztes Jahr in den Städten Zwangsrekrutierungen für Landarbeit. Die Aktionen nahmen besonders in Sofia grössere Ausmasse an. Darüberhinaus haben Fabrikarbeiter und Studenten ihre Ferien in «freiwilliger Aufbauarbeit» auf dem Lande zu verbringen.

Aussenhandel: Vom Aussenhandelsministerium geleitetes Staatsmonopol.

Wichtige Exportgüter sind Schiffe, Schwarzmetalle, Buntmetalle, chemische Grundstoffe, Frisch- und Konservenobst, Gemüse und Gemüsekonserven, Textilien. Der Anteil der Ostblockstaaten am bulgarischen Aussenhandel betrug letztes Jahr 84 Prozent. Die Sowjetunion beteiligte sich 1961 mit 60 Prozent der Ausfuhr und mit 68 Prozent der Einfuhr. Der Handel mit den Entwicklungsländern ist im Aufbau begriffen.

Am 5. Februar 1962 wurde in Neu Delhi das Protokoll über den Warenaustausch zwischen Bulgarien und Indien für das Jahr 1962 unterzeichnet. Gemäss diesem Protokoll wird Bulgarien nach Indien Maschinen, Kabel, Farben, Chemikalien, Isolatoren, Medikamente, Pflanzen und andere Waren exportieren und von Indien Tee, Kaffee, Baumwollgarne, Pflanzenfette, Häute usw. importieren. Der Warenaustausch im Jahre 1962 soll im Vergleich zu 1961 verdoppelt werden.

Laut bulgarischen Berichten herrscht in allen Landeskreisen ein drückender Futtermittelmangel. In vielen Wirtschaften reichen die Vorräte höchstens bis Ende März, weshalb unter Androhung schwerer Strafe strenge Sparmassnahmen angeordnet wurden. Wie auch offiziell zugegeben wird, ist unter solchen Umständen der Viehbestand gefährdet, was für die Gesamtwirtschaft auch schon deshalb sehr schwerwiegende Folgen nach sich ziehen kann, weil sich 31 Prozent (1960) des Exportes aus landwirtschaftlichen Produkten zusammensetzt.

Sport

SBZ

Nur mit Politik

Nicht zufrieden mit der Ausbildung der Fallschirmspringer der Sowjetzone ist die Abteilung Flugsport der vormilitärischen «Gesellschaft für Sport und Technik». Die Ausbildungsergebnisse stehen nach Angaben des Leiters der Abteilung, Heinz Schubert, «in äusserst schlechtem Verhältnis zum Aufwand». Die im vergangenen Jahr geplante Sprungzahl sei mit 10 000 «fast erreicht» worden, wird in dem Bericht der Abteilung Flugsport betont, «aber die geplanten Ausbildungsziele wurden nicht erreicht».

In der «falschen Einstellung einer Anzahl Fallschirmsportinstrukteure zu den Aufgaben der GST» sieht die Abteilung Flugsport die Hauptursache für die «gegenwärtig unbefriedigende Situation». Diesen Instrukteuren, die hauptamtlich tätig sind,

wird vorgeworfen, zu wenig Sprungbetriebstage im Jahr zu haben, «vielfach nur 15 bis 20 anstatt 80, 100 oder mehr», und sich überwiegend auf das Sportspringen zu orientieren.

Scharfe Kritik wird auch daran geübt, «dass es noch zu viele Mitglieder im Fallschirmsport gibt, die nur aus irgendwelchen persönlichen Ambitionen springen möchten». Diesen Kameraden müsse unmissverständlich gesagt werden, «dass uns der Fallschirmsport für Angeberei oder Spielerei zu ernst und zu teuer ist».

Abschliessend heisst es in dem Bericht der Abteilung Flugsport im Zentralvorstand der «Gesellschaft für Sport und Technik»: «Auch das körperliche Training und die politische Erziehungsarbeit sind bei den Fallschirmsportlern gegenwärtig ungenügend. Eine Aenderung dieses Zustandes ist unverzüglich notwendig.»

Auch in Ungarn

Internationale Sporterfolge sind in den kommunistischen Staaten «sozialistische Arbeit».

Mehrere ausgezeichnete ungarische Sportler wurden mit hohen staatlichen Auszeichnungen dekoriert. Auffallend ist der Umstand, dass die besten Sportler, welche an internationalen Sportwettkämpfen hervorragende Leistungen vollbracht haben, nicht mit den verschiedenen Graden «der Sportverdienstmedaillen der Ungarischen Volksrepublik» (es gibt drei Grade: die goldene, silberne und bronzene Medaille), sondern mit der «Verdienstmedaille für die sozialistische Arbeit» ausgezeichnet wurden. Hingegen erhielten die übrigen die Sportverdienstmedaillen.

Aussenhandel

UdSSR/Österreich

Repressalien in Aussicht

Wo der sowjetische Aussenhandel genügend festen Fuss gefasst hat, wird er auch als erpresserische Waffe benutzt.

Nach einem österreichischen Bericht fordert die Sowjetunion auch weiterhin die Meistbegünstigung und beschwert sich wegen der Diskriminierung ihrer Autoexporte durch die im Efta-Raum erfolgten Zollermässigungen. Als Beispiel wird Grossbritannien angeführt, das sich für solche Fälle gewisse Rücksprachemöglichkeiten offengelassen habe. Da Oesterreich nicht in der Lage ist, die Vorteile der Efta-Mitgliedschaft unter dem Vorwand der Meistbegünstigung auch auf die Sowjetunion auszudehnen, wurden sofort Vergeltungsmassnahmen eingeleitet, indem die Zollsätze der österreichischen Wollgewebe von den bisherigen 7 Prozent (Minimaltarif) auf 20 Prozent (Maximaltarif) erhöht worden sind. Dieses Vorgehen benützte die sowjetische Aussenhandelsgesellschaft — ein ebenfalls staatliches Organ — ferner als Vorwand die österreichischen Angebote als nun «zu teuer» abzulehnen und die in Frage stehenden Aufträge auf britische Firmen zu übertragen.

Es besteht kein Zweifel, dass es sich hier um ein vorwiegend politisches Manöver mit folgender Zielsetzung handelt:

a) Oesterreich soll gewarnt werden, wenn es sich den sowjetischen Wünschen widersetzt, so könnte sich ein ähnliches Manöver auch auf anderen, wichtigeren Gebieten, wie z. B. jenem der Schwerindustrie, abspielen, was für die Wirtschaft des Landes komplizierte Absatzprobleme aufwerfen würde.

b) Da die UdSSR aus Grossbritannien wichtige Investitionsgüter, vor allem chemische Einrichtungen importieren will, bemüht sich gegenüber den britischen Wünschen bezüglich der Erhöhung der Konsumgüterimporte Entgegenkommen zu zeigen.

Laut der amtlichen Statistik gab es im Jahre 1959 insgesamt 58 Staatsgüter in Bulgarien, die über 195 800 Hektaren landwirtschaftlicher Nutzfläche verfügten. Wie nun aus Sofia bekanntgegeben wird, waren im Jahre 1960 die Hälfte dieser Staatsgüter (24) defizitär, was dem Staat einen Verlust von 80 Millionen Lewa bedeutete. Für das Jahr 1961 rechnet man, dass wenigstens ein Drittel der Staatsgüter ihre Jahresbilanz mit Verlust abschliessen wird.

Die Bulgarische Volksrepublik

Geschichte: Zur Kriegsteilnahme auf Seiten der Achsenmächte gezwungen erklärte sich Bulgarien dann im Sommer 1944 für neutral, als die deutsche Balkanfront zusammenbrach. Um aber einer Verständigung mit den Alliierten vorzubeugen, liess die Sowjetregierung ihre Truppen einmarschieren und auf Putschweg eine prokommunistische Regierung der «Vaterländischen Front» errichten. Sie wurde dann durch die physische Vernichtung aller Opposition und der nichtkommunistischen «Koalitionspartner» konsolidiert. Im August 1946 wurde die Monarchie abgeschafft, am 15. September die Volksrepublik Bulgarien ausgerufen. Der Friedensvertrag vom folgenden Frühjahr löste die 1944 errichtete alliierte Kontrollkommission auf, deren Rechte flagrant verletzt worden waren; sie sah sich ausserstande, der Unterdrückung der Demokratie und dem kommunistischen Terror etwas entgegenzuhalten (wenn auch später die USA ihre diplomatischen Beziehungen zu Bulgarien zwischen 1950 und 1959 einstellten). Die Liquidation der «Volksfeinde» ging bis 1947 (Hinrichtung des Oppositionsführers Petkoffs) weiter. Die Geschichte der parteiinternen Säuberungen begann nach dem Tode Dimitroffs mit der Hinrichtung Kostoffs und hörte (vorläufig) im letzten Herbst mit dem Ausschluss Tscherwenkoffs (siehe KB Nr. 50 und Curriculum Nr. 34) aus der KP auf.

Verfassung: 1947 nach sowjetischem Muster. Die ursprünglich für dieses Jahr geplante neue Verfassung ist verschoben worden, um dem sowjetischen Beispiel (in Ausarbeitung) nicht vorzugreifen.

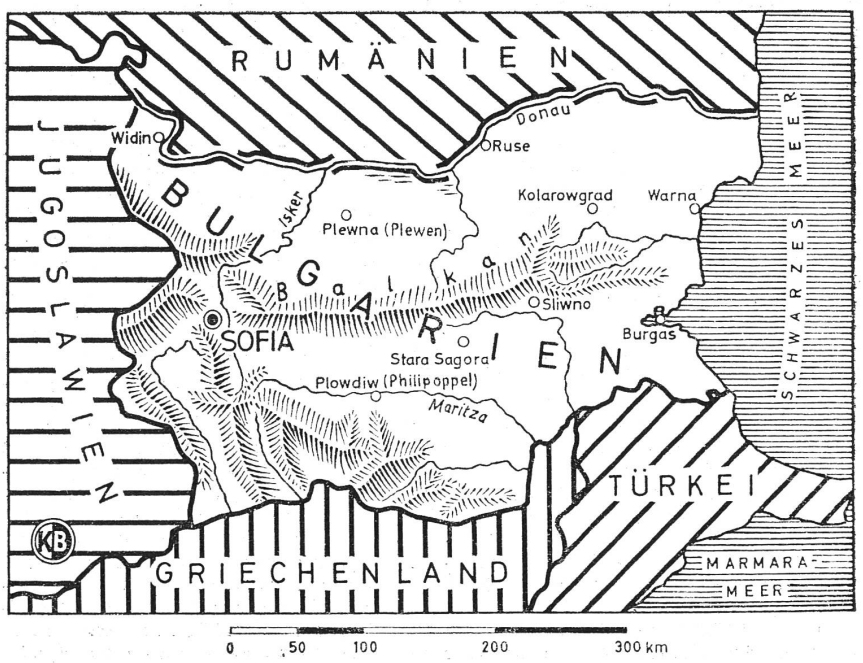
Regierungsform: Die Grosse Nationalversammlung (Sobranje) blidet das Einkammerparlament. Kollektives Staatsoberhaupt im Präsidium der Nationalversammlung (Vorsitz Dimiter Ganeff). Regierungschef ist Anton Jugoff. Die Macht liegt beim Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Todor Schiwkoff (Curriculum, KB Nr. 14, 1961). Die KP beherrscht auch die «Vaterländische Front» in der die gesellschaftlichen Massenorganisationen unter Parteikontrolle zusammengefasst werden.

Fläche: 110 928 Quadratkilometer. Administrative Einteilung in 30 Bezirke.

Einwohner: 7,9 Millionen. Bevölkerung vorwiegend Bulgaren; kleine türkische Minderheit.

Religion: Die Bulgarisch-Orthodoxe Kirche, der drei Viertel der Bevölkerung angehören, wird als «traditionelle Kirche des bulgarischen Volkes» anerkannt. Sie steht unter Staatsaufsicht. Die evangelischen und katholischen Minderheiten wurden besonders in den Jahren 1949 und 1952 verfolgt (Schauprozesse). Der Kampf gegen die Religion wird heute mit gesellschaftlichen Druckmitteln geführt. Besonders intensiv richtet er sich gegenwärtig gegen die (etwa 700 000) Mohammedaner.

Wirtschaft: siehe Spezialkarte.



Ferner darf nicht vergessen werden, dass sich der Osthandel am Gesamtvolumen des britischen Aussenhandels nur mit 3,7 Prozent (1960) beteiligt, weshalb sich die sowjetische Aussenhandelspolitik nun veranlasst sieht, viel vorsichtiger vorzugehen als im Falle von Oesterreich, dessen Osthandelsanteil 1960 bereits 16 Prozent erreichte.

Partei

Tschechoslowakei

Schnüfflerpflichten

Viele Parteimitglieder führten ein Doppelleben, klagte die Tageszeitung der slowakischen KP, «Prawda», kürzlich. Viele, die im Betrieb aktive Kommunisten seien, legten diese Haltung ab, sobald sie ihren Fuss über die Schwelle ihres Heimes setzen. «Wie ist es sonst zu erklären», wird gefragt, «dass man Agitatoren zur Erklärung wichtiger Ereignisse aus anderen Wohnblöcken oder Wohnanlagen in Häuser holen muss, in denen schon kommunistische Agitatoren leben?»

Das Blatt zitierte auch den Fall einer Fabrik in Pressburg, deren Funktionäre beleidigt waren, als einer der besten Arbeiter nicht als Kandidat für das Amt eines Richters aufgestellt wurde. «Die Bewohner seines Stadtbezirks lehnten ihn wegen seiner unkommunistischen Haltung seiner Familie gegenüber ab. Jeder in seinem Stadtbezirk wusste das, in der Fabrik war jedoch nichts über das Privatleben des Arbeiters bekannt.»

Landwirtschaft

Sowjetunion

Neben- oder Hauptwirtschaft

In der Sowjetunion ist die Ansicht verbreitet, dass die gegenwärtige schlechte Fleischversorgung auf die Verringerung des Privatviehbestandes zurückzuführen sei.

Diesem Vorwurf begegnete kürzlich ein ausführlicher Artikel in der «Sowjetskaja Kirgisija» zunächst mit der Erklärung, dass sich der Viehbestand in privatem Besitz nicht verringert, sondern vermehrt habe (als Vergleichszahl wird der Bestand von 1954 angeführt). Sodann sei es falsch, die Situation durch eine weitere Vergrösserung des Viehbestandes im Besitz der einzelnen Kolchos- und Sowchosarbeiter (die Forderung wurde in einem Leserbrief erhoben) verbessern zu wollen. Eine solche Entwicklung würde ja nur dem Spekulantentum nützen.

Wenn auch der Artikel eine sattsam bekannte These vertritt, so ist er doch in sachlicher Hinsicht äusserst aufschlussreich: 1. Er macht keinen Versuch, die bestehende Fleischknappheit zu leugnen. 2. Er lässt die Volksmeinung erkennen, dass dies eine Parallelerscheinung zur strengeren Kollektivierungsform ist. 3. Er gibt dem Parteiwillen Ausdruck, die Privatviehhaltung zu bekämpfen. 4. Er muss zugeben, dass der theoretische Kampf praktisch noch nicht durchgeführt werden kann (Beruhigung bezüglich der Verminderung). Dies zeichnet die Lage der sowjetischen Landwirtschaft im allgemeinen und der Viehwirtschaft im besonderen. Den Mitgliedern der Kollektivwirtschaften ist es gestattet, sich eine kleine Hofstelle (Nebenwirtschaft) zur privaten Bebauung zu halten. Diese vier bis fünf Prozent des Nutzbodens aber ernähren tatsächlich etwa die Hälfte der sowjetischen Bevölkerung. An sich hat die Partei die Aufhebung dieser Nebenwirtschaften vorgesehen. Zu den Schritten, die auf diesem Weg unternommen wurden, gehörte vor noch nicht einem Jahr beispielsweise die faktische Aufhebung des sogenannten «Kolchosmarktes», wo die Bauern die Erträgnisse ihrer Hofstelle zu eigenem Profit verkaufen können. Diese Institution sollte durch staatlich gelenkte Einkaufsgenossenschaften abgelöst werden, die den ganzen Weiterverkauf übernehmen würden. Aber schon im Herbst musste das Vorhaben fallen gelassen werden. Der Kolchosmarkt war es nämlich allein, der die Versorgung an Frischgemüse in den Städten noch aufrecht erhielt, während die Einkaufsgesellschaften völlig versagten.

Mit der privaten Viehhaltung ist es ähnlich bestellt. An sich sollte sie zugunsten der restlosen Gemeinschaftsbesitze abgeschafft werden. Aber das kann man nicht tun, da es eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten würde. Und darüber weiss jedermann Bescheid, sogar der parteioffizielle Artikelverfasser.

Soziales

Polen

Personal-Fluktuation

Ein überraschend grosser Personalwechsel ist in den Unternehmen der polnischen Hauptstadt zu registrieren, und zwar gerade bei höheren Posten. Einer Notiz der Presse («Glos Pracy», 26. Januar) ist zu entnehmen, dass in 112 kontrollierten Warschauer Betrieben über 2000 leitende Angestellte innerhalb der beiden letzten Jahre ihre Posten verlassen haben.

Eine der Ursachen dieser lebhaften Fluktuation dürfte darin liegen, dass zu viele Männer in leitenden Positionen nicht auf Grund ihrer beruflichen Fähigkeiten, sondern auf Grund ihrer politischen Zuverlässigkeit gewählt wurden. Zum Teil fehlt es allerdings auch einfach an Fachleuten, zu deren Heranbildung die Regierung gegenwärtig besondere Anstrengungen unternimmt. Eine Schwierigkeit besteht hierbei im Mangel an qualifizierten Lehrkräften (für alle Lehrberufe wird jetzt besonders intensiv geworben, nicht durchwegs mit dem erhofften Erfolg).

Die Untersuchung über die Personalbewegung der Angestellten der Wirtschaftsverwaltung auf leitenden und verantwortlichen Posten war vom Warschauer Amt der Obersten Kontrollkammer in 112 Unternehmungen Warschaus durchgeführt worden. Wie aus den Erhebungen hervorging, wurden im Lauf von 2 Jahren in diesen 112 Unternehmen 2134 Personen entlassen, darunter 55 Direktoren (also mehr als die Hälfte), 33 stellvertretende Direktoren, 118 Chef- und Oberbuchhalter (im Durchschnitt hielt sich kein Chef- oder Oberbuchhalter mehr als zwei Jahre in einem Unternehmen) und 462 Abteilungsleiter. Ausserdem erhielten 218 Betriebsleiter und stellvertretende Betriebsleiter, 717 Ladenleiter, 146 Magazineure, Kassiere und Büffetleiter und 385 andere Personen den Abschied.

Von den erwähnten 2134 Personen wurden 1263 von ihren Arbeitgebern entlassen: 284 infolge aufgedeckter Missbräuche, 624 infolge Nichteignung für die Ausführung bestimmter Funktionen, 355 aus anderen Gründen. Von den übrigen 871 Personen, die auf eigenen Wunsch entlassen wurden, eigneten sich 181 nicht für die ausgeübten Funktionen, 690 aus verschiedenen anderen Gründen.

Curriculum der Woche

ANTON TANEFF JUGOFF

Bulgarischer Ministerpräsident

Geboren 1904 in Griechisch-Mazedonien. Seine Eltern (Bauern) ziehen nach dem Ersten Weltkrieg nach Bulgarien. Elementarschule, dann (1919) Tabakarbeiter. Tritt der kommunistischen Jugendorganisation bei. 1923 aktiv an einer kommunistisch unterstützten Revolte. 1928 Eintritt in die Kommunistische Partei Bulgariens und Karriere als Parteifunktionär. In den dreissiger Jahren von der Partei zum Führer des linken Flügels der Mazedonischen Revolutionsorganisation bestimmt. 1934 wird diese Organisation als illegal erklärt. Jugoff emigriert nach Moskau, wo er die Leninschule besucht. 1936 Rückkehr nach Bulgarien, wo er mit dem Parteiaufbau im bulgarisch-griechischen Grenzgebiet betraut wird. 1937 ins Politbüro gewählt, mit besonderen Aufgaben für Gewerkschaftsangelegenheiten. Organisiert u. a. Streiks. 1941 interniert, doch glückt ihm bald die Flucht.

Unmittelbar nach der kommunistischen Machtergreifung im September 1944 erhält er in der Regierung den Schlüsselposten des Innenministers (zum Innenministerium gehört die politische Polizei), den er bis 1948 innehält. In diese Periode fällt die blutige Verfolgung der politischen Opposition.

Nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito und der Verdächtigung aller «nationalistischen» Politiker wird Jugoff August 1948 zum Minister ohne Portefeuille degradiert. Tscherwenkoff (der jetzt als «Stalinist endgültig gestürzt und aus der Partei ausgeschlossen worden ist), damals Ministerpräsident, kritisiert Jugoff heftig. Dieser beichtet seine Fehler und wird 1950 Industrieminister, 1952 einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten und 1954 der Erste stellvertretende Ministerpräsident. Zu seinem 50. Geburtstag erhält er den Dimitroff-Orden und gilt (nach Parteisekretär Schiwkoff und Tscherwenkoff) als der dritte Mann in der Parteihierarchie.

1956 wird Tscherwenkoff im Zuge von Chruschtschews erster Entstalinisierung (20. Parteitag) auf den Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten relegiert, und Jugoff wird an seiner Stelle Regierungschef. Seither hat er unter anderm zahlreiche Reisen unternommen, nicht nur nach Moskau, sondern auch nach China, Nordkorea und der Mongolei. Mit Tscherwenkoffs definitivem Sturz im Herbst 1961 ist seine Stellung noch gefestigt.

Verheiratet; seine Tochter ist die Frau des sowjetischen Schriftstellers Michail Scholochow. Spricht neben bulgarisch auch russisch, griechisch und türkisch.